

Herr Schmickler ergänzt, die Stadt habe bezüglich der Kanaldichtheitsprüfungen und –sanierungen keine flächendeckenden Untersuchungen vorgenommen, sondern arbeite die Aufgabe sukzessive, beginnend mit den „schwierigsten“ Gebäuden ab. Dafür solle die in der Investitionsliste bezeichnete Pauschale bereitgestellt werden.

Herr Dr. Fischer erläutert, er interpretiere die Ausführungen der Verwaltung so, dass diese die Investitionsliste als „Rahmenkonzept“ verstehe, aber empfehle, auf diese Formulierung auf Grund der notwendigen kommunalaufsichtsrechtlichen Genehmigung zu verzichten.

Aus Sicht von Herrn Ziffus ist es üblich, dass Vorlagen, die dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt würden, zunächst von den Fachausschüssen zu beraten seien. Dies sei in Bezug auf die vorliegende Investitionsliste im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr aber nur sehr begrenzt erfolgt unter Hinweis auf die Haushaltsberatungen im Frühjahr 2012.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin in separater Abstimmung einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Der Beschluss des Rates vom 18.10.2011, den Haushaltsentwurf 2012 in die Fachausschüsse zu verweisen, wird (mit Ausnahme der Wirtschaftspläne für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen) aufgehoben. Kämmerer und Bürgermeister werden mit der Erstellung eines Entwurfs für einen Doppelhaushalt für die Jahre 2012 und 2013 – mit dem Ziel eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzepts – beauftragt.**

Daraufhin beschließt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

2. **Der Rat stimmt der der Vorlage beiliegenden Liste nichtrentierlicher Investitionen für die Jahre 2012 bis 2015 zu und beauftragt die Verwaltung, hierzu die Freigabe bei der Kommunalaufsicht zu beantragen.**

8. **Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**
0574/2011

Herr Dr. Fischer beantragt für die FDP, die Beratung der Vorlage in die kommende Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr (planmäßig am 02.02.2011) zurück zu verweisen. Einige Formulierungen seien zu restriktiv gefasst worden und sollten in Abstimmung mit der Verwaltung angepasst werden. Auch zeitlich bestehe keine dringliche Notwendigkeit zur Beratung in der heutigen Sitzung, so dass eine Vertagung problemlos möglich sei.

Die übrigen Ausschussmitglieder signalisieren ihr Einverständnis zu diesem Antrag.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Beratung der Vorlage wird in die kommende Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr (planmäßig am 02.02.2011) zurück verwiesen.

9. **Änderung des Trägerschaftsvertrages Bürgerzentrum Steinbreche**
0577/2011

[Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt (vergleiche Protokollierung zu Tagesordnungspunkt A 1).]